Agrar und Umwelt | 15.06.2018 | 219/18

(TOP 21) EU-weite Plastiksteuer darf kein Tabu sein!

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist Redebeginn

Strände, die unter Plastikmassen verschwinden, Seevögel und Meeresbewohner, die in Plastikmüll verendet sind oder der Fall der letzten Woche wo ein Grindwal in Thailand mit 80 Plastiktüten elendig verendete, verhungert mit vollem Magen: Das muss ein Ende haben - und zwar schnell.

Die Juni Ausgabe von „National Geographic“ titelte in ihrer jüngsten Juni-Ausgabe:
Wir haben es vor 150 Jahren erfunden. Wir brauchen es. Wir ertrinken darin. Mehr als 40% wird nur einmal benutzt und dann weggeworfen. Etwa acht Millionen Tonnen landen jedes Jahr im Meer. Der Plastikverbrauch ist rasant gewachsen. Die Hälfte allen jemals produzierten Plastiks stammt aus den letzten 15 Jahren, wurde also erst nach der Jahrtausendwende produziert.

Seit etwa zwei Wochen wissen wir (und das ist mit Bildern belegt), dass Plastikmüll auch am tiefsten Punkt der Weltmeere in 11.000 Metern Tiefe angekommen ist.

Vielfach ist zu hören: Ist ja schlimm, aber bei uns sieht es anders aus. Nicht ganz richtig, auch an Küsten von Nord- und Ostsee findet sich Plastik in großen Mengen und seit etwa zwei Jahren auch in der Schlei. Und jetzt komme ich zu dem Hintergrund unseres Antrages.

Hunderttausende Tonnen nicht mehr haltbarer Lebensmittel aus Supermärkten werden samt Verpackung geschreddert. In Schleswig ist das erst nach etwa zwei Jahren an den Ufern der Schlei nicht mehr zu übersehen.

Hier muss gehandelt werden. Dies ist für jede Bürgerin und jeden Bürger, der seine Abfälle trennt, ein Schlag ins Gesicht. Plastik und zur Entsorgung bestimmte Lebensmittelabfälle dürfen gar nicht erst vermengt werden. Jamaika in Kiel handelt und legt den entsprechenden Antrag vor.

In der vergangenen Woche auf der Umweltministerkonferenz in Bremen wurden gleichlautende Beschlüsse gefasst, die geeignet sind, Plastikabfälle weiter zu begrenzen.

Auch die EU hat Plastikmüll als großes Problem erkannt und beabsichtigt einige Kunststoffprodukte ganz zu verbieten: Q-Tips, Plastikbesteck, -teller, -trinkhalme und anderes mehr. Aber Verbote allein sind nicht ausreichend; wo immer möglich müssen wiederverwertbare Produkte die erste Wahl sein.

Norwegen ist uns bereits einen Schritt voraus. Dort werden bereits – dank eines eingeführten Pfandsystems – 97% der Plastikflaschen wiederaufbereitet.

Wenn wir nicht zeitnah deutliche Verbesserungen erreichen, befürworte ich eine EU-weite Plastiksteuer und ich weiß, dass zumindest ein Großteil der CDU-Fraktion der gleichen Auffassung ist.

Steven Nowak Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel Tel: 0431 988 1441 steven.nowak@cdu.ltsh.de https://www.cdu.ltsh.de